

Mai 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Studieninformation..... | 1 |
| Die wichtigsten Ergebnisse..... | 2 |
| Interesse an der Europawahl deutlich höher als 2014 | 3 |
| Sonntagsfrage Europawahl: SPD und Grüne gleichauf..... | 4 |
| Direktwahl Kommissionspräsident: Weber knapp vor Timmermans..... | 5 |
| Knapp die Hälfte der Deutschen sieht Vorteile in EU-Mitgliedschaft..... | 6 |
| Jeder zweite Deutsche will Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit | 7 |
| Wirtschaft und Sicherheit sind zentrale Vorteile der EU | 8 |
| Klimaschutz: Mehrheit sieht großen Handlungsbedarf in Deutschland..... | 9 |
| Klimawandel: Bürger halten Einschränkungen des Lebensstils für notwendig | 10 |
| Einführung einer CO ₂ -Steuer: Ablehnung überwiegt..... | 11 |
| Bekämpfung des Klimawandels am besten bei den Grünen aufgehoben..... | 12 |
| Zufriedenheit mit Bundesregierung gestiegen..... | 13 |
| Politikerbewertung: Merkel auf Platz 1, Kramp-Karrenbauer verliert | 14 |
| Sonntagsfrage Bundestagswahl: Bundesregierung weiter ohne Mehrheit..... | 15 |

ARD – DeutschlandTREND Mai 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

| | | |
|---|--|----------------|
| Grundgesamtheit | Wahlberechtigte in Deutschland | |
| Stichprobe | Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40) | |
| WDR-Autorin | Ellen Ehni | 0221 220-1800 |
| WDR-Redakteurin | Claudia Müller | 0221 220-1800 |
| Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap | Heiko Gothe | 030 533 22 - 0 |
| Erhebungsverfahren | Telefoninterviews (CATI) | |
| Fallzahl | 1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte | |
| Gewichtung | nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung | |
| Erhebungszeitraum | 29. bis 30. April bis 2019 Sonntagsfrage: 29. bis 30. April 2019 | |
| Schwankungsbreite | 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent | |
| Durchführendes Institut: | Infratest dimap | |
| Ihre Ansprechpartner: | Michael Kunert | 030 53322-0 |
| | Reinhard Schlinkert | 0228 32969-3 |

Die wichtigsten Ergebnisse

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl ist deutlich größer als vor fünf Jahren. Aktuell gibt gut die Hälfte (53 Prozent) an, sich sehr stark oder stark für die Europawahl zu interessieren. Dreieinhalb Wochen vor der Wahl 2014 waren das 35 Prozent. Wäre bereits am nächsten Sonntag Europawahl, käme die Union auf einen Stimmenanteil von 29 Prozent – ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zum Vormonat. Die SPD legt zwei Punkte zu und würde derzeit 19 Prozent erreichen. Die Sozialdemokraten liegen damit gleichauf mit den Grünen (19 Prozent) und es ist noch offen, wer Ende Mai zweitstärkste Kraft wird. Während die AfD einen Punkt verliert und nur noch auf 10 Prozent käme, halten Linke und die FDP ihre Wähleranteile stabil (jeweils 7 Prozent).

Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur europäischen Staatengemeinschaft sehen 46 Prozent als vorteilhaft an. Für knapp vier von zehn (37 Prozent) halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Rund jeder Siebte (14 Prozent) sieht eher Nachteile in der deutschen EU-Mitgliedschaft. Mit Ausnahme der in ihren Wurzeln eurokritischen AfD ist der Blick auf die Europäische Union in allen Parteienhängerschaften überwiegend positiv. Damit einher geht der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Länder (52 Prozent). Gut ein Viertel (27 Prozent) spricht sich dafür aus, wieder stärker alleine zu handeln und Zuständigkeiten von der EU zurückzuholen – darunter auch eine Mehrheit der AfD-Anhänger. Zwei zentrale Vorteile der Europäischen Union liegen aus Sicht der Bundesbürger in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit. Es ist allerdings immer noch eine gewisse Distanz spürbar: die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) gibt an, die Funktionsweise der Europäischen Union in Brüssel nicht zu durchschauen.

Beim Klimaschutz sieht eine breite Mehrheit (81 Prozent) sehr großen oder großen Handlungsbedarf in Deutschland. Für knapp ein Fünftel (17 Prozent) besteht diese Notwendigkeit nicht oder nur in geringem Umfang. Den mit Abstand größten Handlungsbedarf sehen die Anhänger der Grünen, während die Anhängerschaft der AfD mehrheitlich gegenteiliger Auffassung sind. Dass das Thema Klimaschutz zur Zeit so viel Aufmerksamkeit bekommt, findet eine große Mehrheit der Deutschen (79 Prozent) gut. Auch äußert das Gros der Bürgerinnen und Bürger (85 Prozent) die Ansicht, dass der Klimawandel ohne Einschränkungen in unserem Lebensstil nicht gestoppt werden kann. Allerdings sehen zwei Drittel (68 Prozent) hier eher die Industrie als den einzelnen Konsumenten in der Pflicht. Grundsätzlich sind viele Bundesbürger (81 Prozent) der Auffassung, dass Deutschland gerade beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Die Einführung einer CO₂-Steuer, die den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids verringern soll, lehnt eine deutliche Mehrheit (62 Prozent) allerdings ab. Obwohl in den vergangenen zehn Jahren verschiedene internationale Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels geschlossen wurden und sich auch Deutschland verpflichtet hat, den Treibhausgasausstoß deutlich zu senken, sind die Bundesbürger durchaus skeptisch, ob dies gelingen kann. Im Vergleich zu 2009 hat sich der Anteil derer, die bezweifeln, dass überhaupt eine politische Kraft in der Lage ist, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, mehr als verdoppelt (37 Prozent, +20). Diejenigen, die einer Partei zutrauen, den Klimawandel zu stoppen, setzen in aller Regel auf die Grünen (40 Prozent, -17). Alle anderen Parteien genießen – selbst in der eigenen Parteienhängerschaft – deutlich weniger Vertrauen in Sachen Klimaschutz.

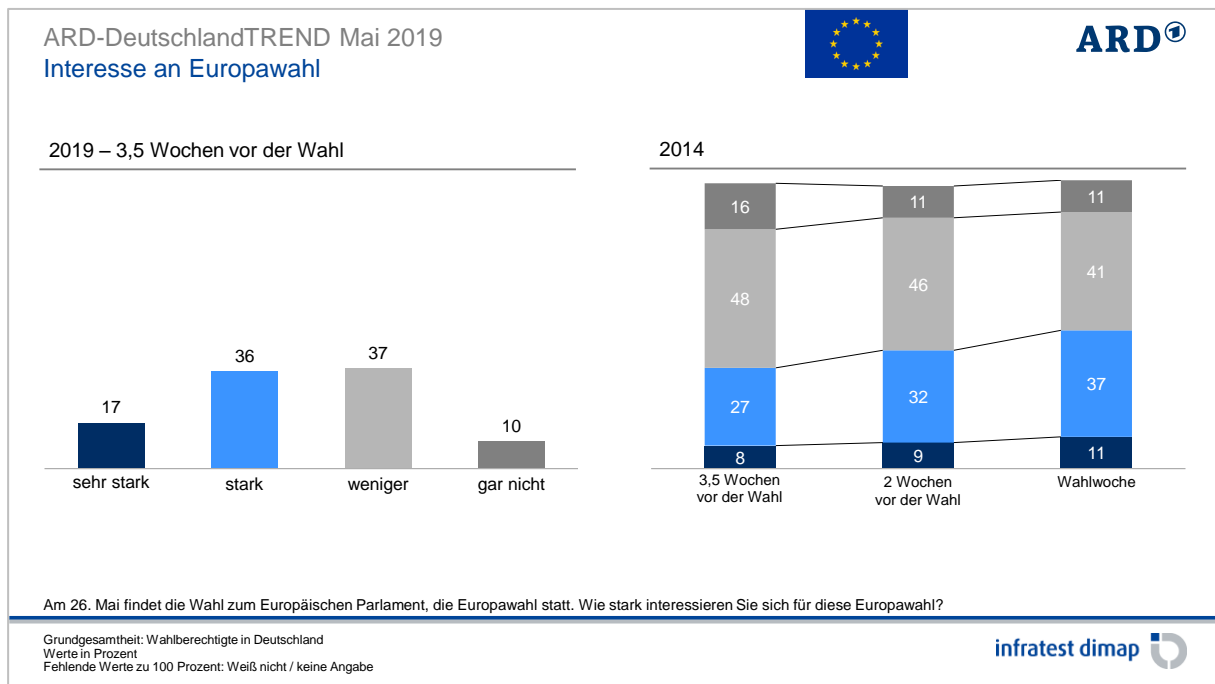
In der aktuellen bundespolitischen Stimmung sind nur leichte Veränderungen zu verzeichnen. Die Union käme aktuell auf einen Stimmenanteil von 28 Prozent – ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zum April. Die SPD verbessert sich etwas und würde derzeit 18 Prozent (+1) erreichen. Wären diese Werte Ergebnis eines Urnengangs, hätte die aktuelle Regierung keine Mehrheit im Bundestag. Für die Grünen würden sich wie im April 20 Prozent entscheiden – sie wären damit weiterhin zweitstärkste Kraft. Auch die AfD bleibt konstant bei 12 Prozent. Während die Linke ihren Stimmenanteil leicht ausbauen kann (9 Prozent, +1), verliert FDP etwas an Zustimmung (8 Prozent, -1).

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Interesse an der Europawahl deutlich höher als 2014

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl in drei Wochen ist deutlich größer als vor fünf Jahren. Aktuell gibt gut die Hälfte an, sich sehr stark (17 Prozent) bzw. stark (36 Prozent) für die Europawahl zu interessieren. Fast ebenso viele sind hingegen weniger (37 Prozent) oder gar nicht (10 Prozent) an der Abstimmung interessiert.

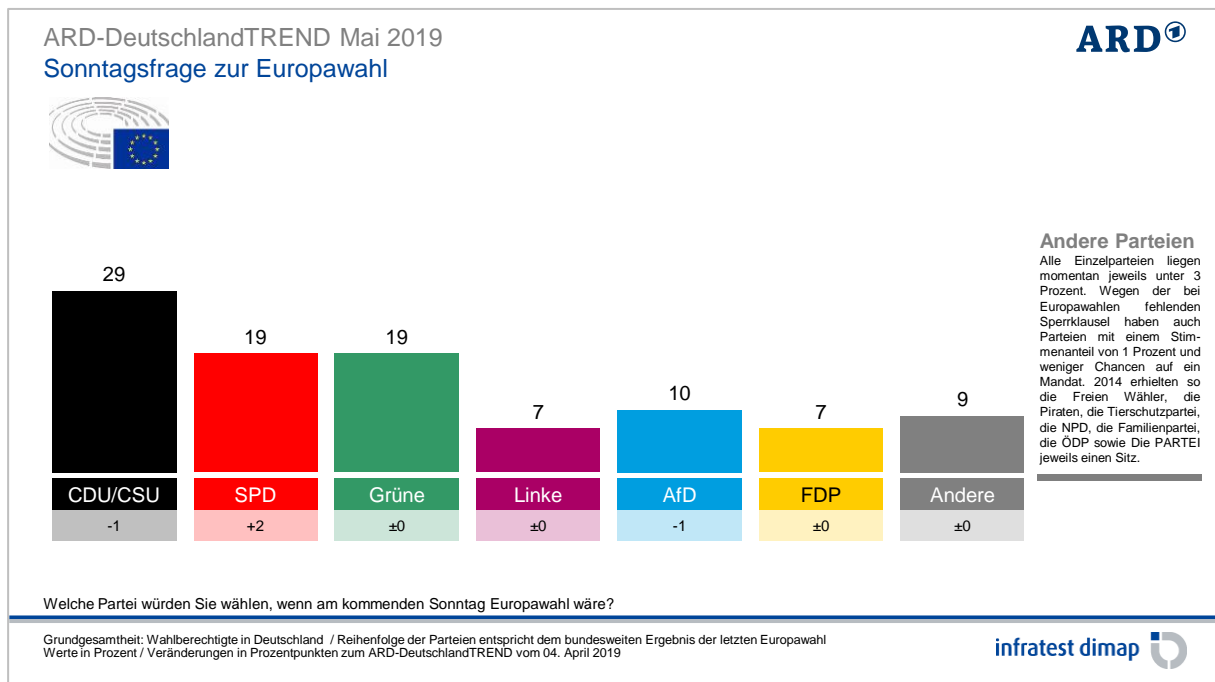
Vor dem letzten Urnengang war das Interesse merklich verhaltener: Drei Wochen vor der Europawahl 2014 äußerte lediglich ein gutes Drittel (35 Prozent) Interesse an der Neubesetzung des Europäischen Parlamentes.



Überdurchschnittlich interessiert sind - wie bei vorangegangenen Europawahlen - vor allem die Anhänger der Grünen (69 Prozent). Auch steigt das Interesse an der Europawahl mit Alter und Schulbildung, d.h. ältere Bundesbürger zeichnen sich durch ein höheres Interesse an der Wahl als jüngere aus, Höhergebildete durch ein stärkeres Interesse als formal Niedriggebildete.

Sonntagsfrage Europawahl: SPD und Grüne gleichauf

Am 26. Mai findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Würden die Wahlberechtigten in Deutschland bereits jetzt zur Urne gerufen, käme die **Union** auf einen Stimmenanteil von 29 Prozent – ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zum Vormonat. Die **SPD** legt zwei Punkte zu und würde derzeit 19 Prozent erreichen. Die Sozialdemokraten liegen damit gleichauf mit den **Grünen** (19 Prozent) und es ist noch offen, wer Ende Mai als zweitstärkste Kraft abschneiden wird. Während die **AfD** einen Punkt verliert und nur noch auf 10 Prozent der Stimmen käme, halten **Linke** und die **FDP** ihre Wähleranteile stabil (jeweils 7 Prozent).

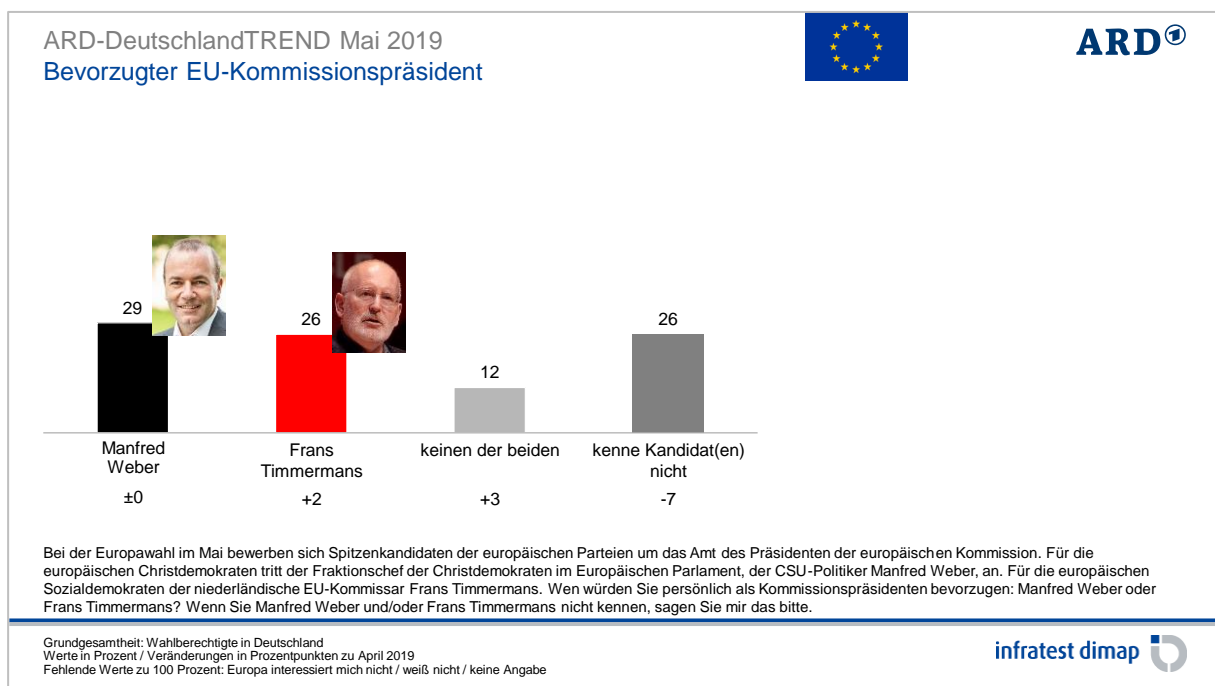


Darüber hinaus treten **34 weitere Parteien und Vereinigungen** zur Europawahl an. Auf diese entfallen insgesamt 9 Prozent (2014: 8,7 Prozent) wobei alle Einzelparteien momentan jeweils unter 3 Prozent liegen. Wegen der bei Europawahlen fehlenden Sperrklausel haben auch Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent und weniger Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Zur Europawahl 2014 erhielten so die Freien Wähler (1,5 Prozent), die Piraten (1,4 Prozent), die Tierschutzpartei (1,2 Prozent), die NPD (1,0 Prozent), die Familienpartei (0,7 Prozent), die ÖDP (0,6%) sowie Die PARTEI (0,6%) jeweils einen Sitz.

Die Sonntagsfrage zur Europawahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Direktwahl Kommissionspräsident: Weber knapp vor Timmermans

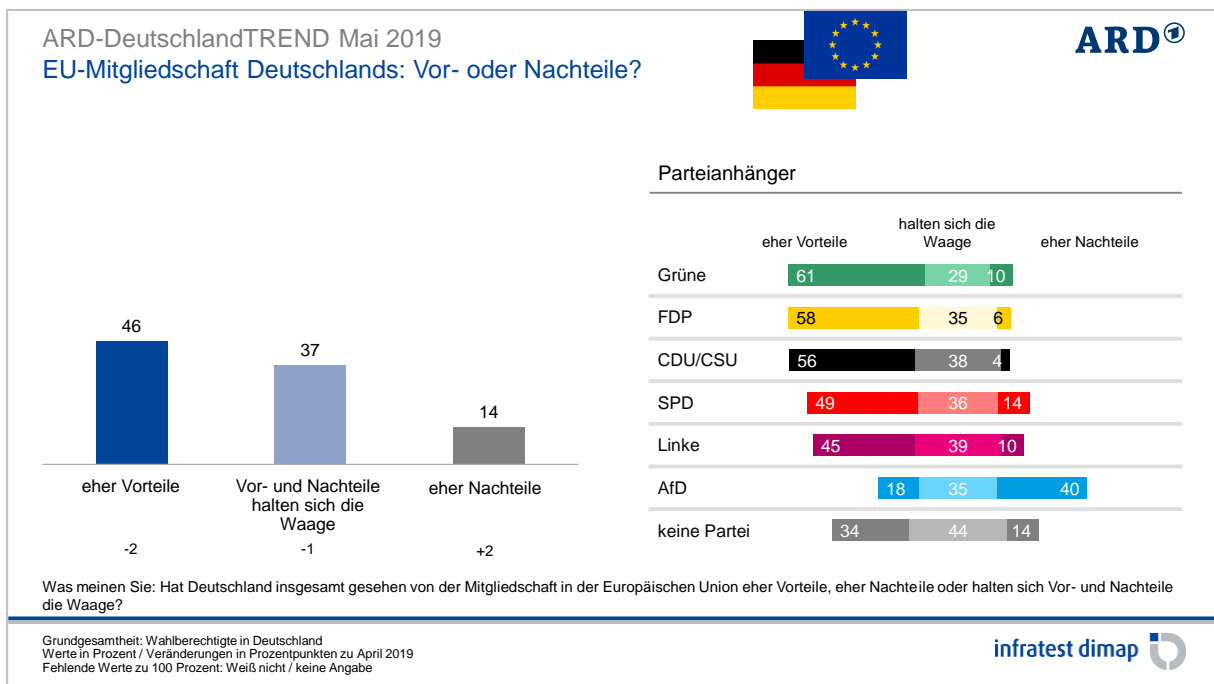
Der Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten Frans Timmermans, der sich in den letzten Tagen für die Einführung einer CO₂-Steuer ausgesprochen hatte, konnte den Abstand zum Spitzenkandidaten der konservativen EVP, Manfred Weber, etwas verringern. Dennoch liegt Manfred Weber in der Gunst der Bundesbürger weiterhin vorne – wenn auch nur knapp: 29 Prozent würden ihn im Amt des Kommissionspräsidenten bevorzugen, für den Sozialdemokraten Timmermans würden sich 26 Prozent entscheiden. Gute jeder Zehnte (12 Prozent) würde einen anderen Politiker als Kommissionspräsidenten bevorzugen. Ein Viertel (26 Prozent) gibt an, einen oder beide Kandidaten nicht zu kennen.



Dabei überzeugt Frans Timmermans die Hälfte der sozialdemokratischen Anhänger und punktet stärker als Weber im Lager der Linken und Grünen. Die Anhänger der Unionsparteien sprechen sich nicht überraschend überwiegend für Manfred Weber aus. Er wird auch von den Anhängern der FDP stärker präferiert.

Knapp die Hälfte der Deutschen sieht Vorteile in EU-Mitgliedschaft

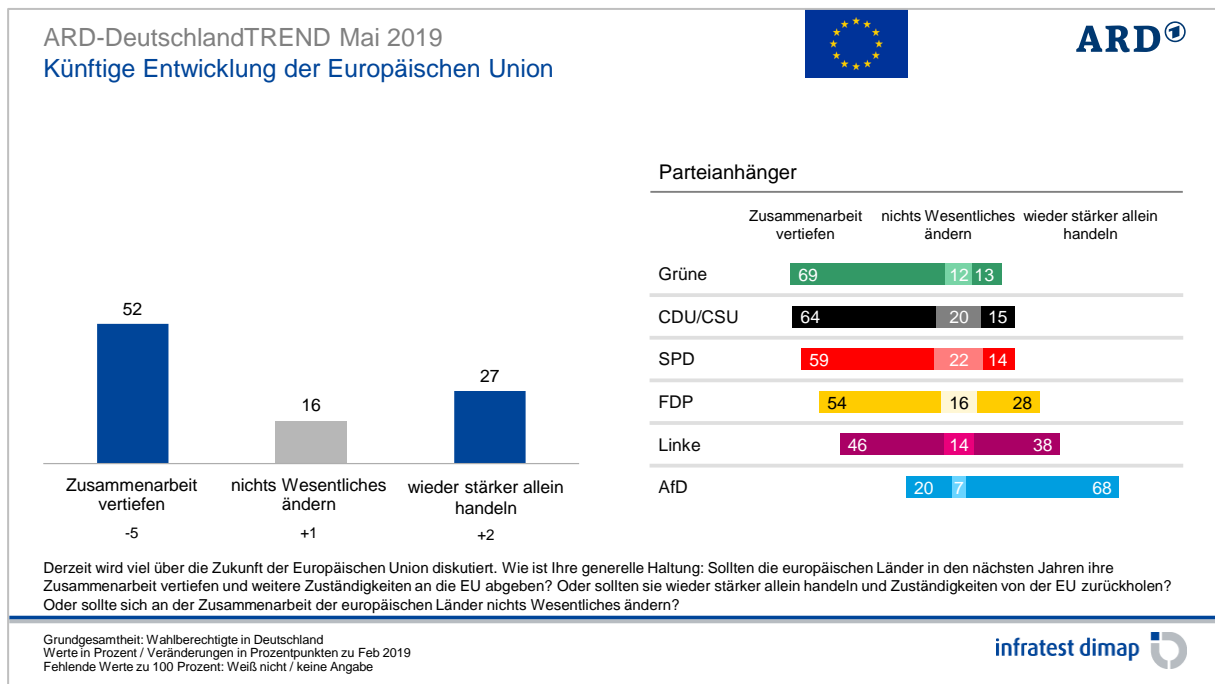
Die Debatte um den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU hatte in den vergangenen Wochen die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft Deutschlands stärker ins Bewusstsein rücken lassen und auch drei Wochen vor der Europawahl sehen 46 Prozent die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur europäischen Staatengemeinschaft als vorteilhaft an. Für knapp vier von zehn (37 Prozent) halten sich Vor- und Nachteile die Waage. Rund jeder Siebte (14 Prozent) sieht eher Nachteile in der deutschen EU-Mitgliedschaft.



Mit Ausnahme der in ihren Wurzeln eurokritischen AfD ist der Blick auf die Europäische Union in allen Parteilagerungen überwiegend positiv. Auch bei Personen ohne aktuelle Parteipräferenz überwiegen nur für jeden Siebten die Nachteile.

Jeder zweite Deutsche will Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit

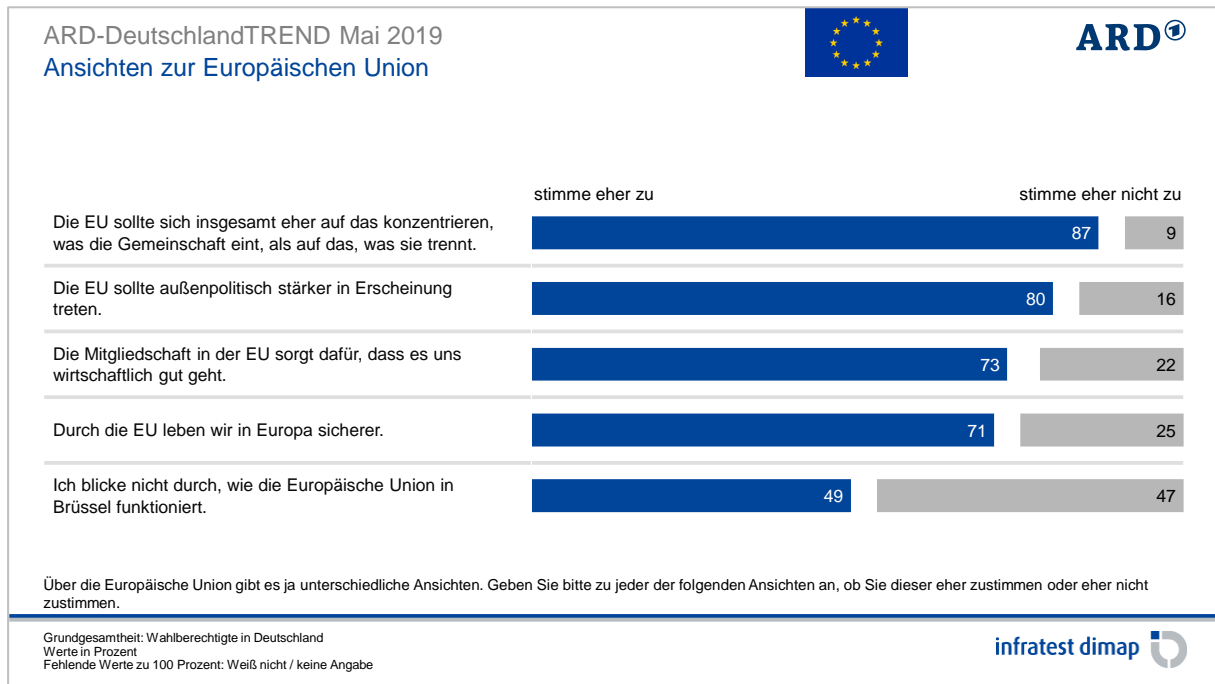
Mit der positiven Bewertung der deutschen EU-Mitgliedschaft geht der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Länder einher, auch wenn dies im Vergleich zum Februar etwas rückläufig ist. Die Hälfte der Deutschen (52 Prozent, -5 Punkte im Vergleich zum Februar) wünscht sich, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Zusammenarbeit in den nächsten Jahren intensivieren und weitere Zuständigkeiten an die EU abgeben. 16 Prozent (+1) möchten, dass die Kooperation in Europa im Wesentlichen wie bisher fortgeführt wird. Gut ein Viertel (27 Prozent, +2) spricht sich dafür aus, wieder stärker alleine zu handeln und Zuständigkeiten von der EU zurückzuholen.



Einzig die Anhänger der AfD plädieren mehrheitlich (68 Prozent) für eine Rückholung von Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Wirtschaft und Sicherheit sind zentrale Vorteile der EU

Zwei zentrale Vorteile der Europäischen Union liegen aus Sicht der Bundesbürger in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit. Drei Viertel der Deutschen - und damit mehr als vor fünf Jahren - sind der Ansicht, dass es uns aufgrund der EU-Mitgliedschaft wirtschaftlich gut geht (73 Prozent, +5 im Vergleich zu Mai 2014). Darüber hinaus sind sieben von zehn der Ansicht, dass wir durch die EU sicherer leben (71 Prozent, +1).

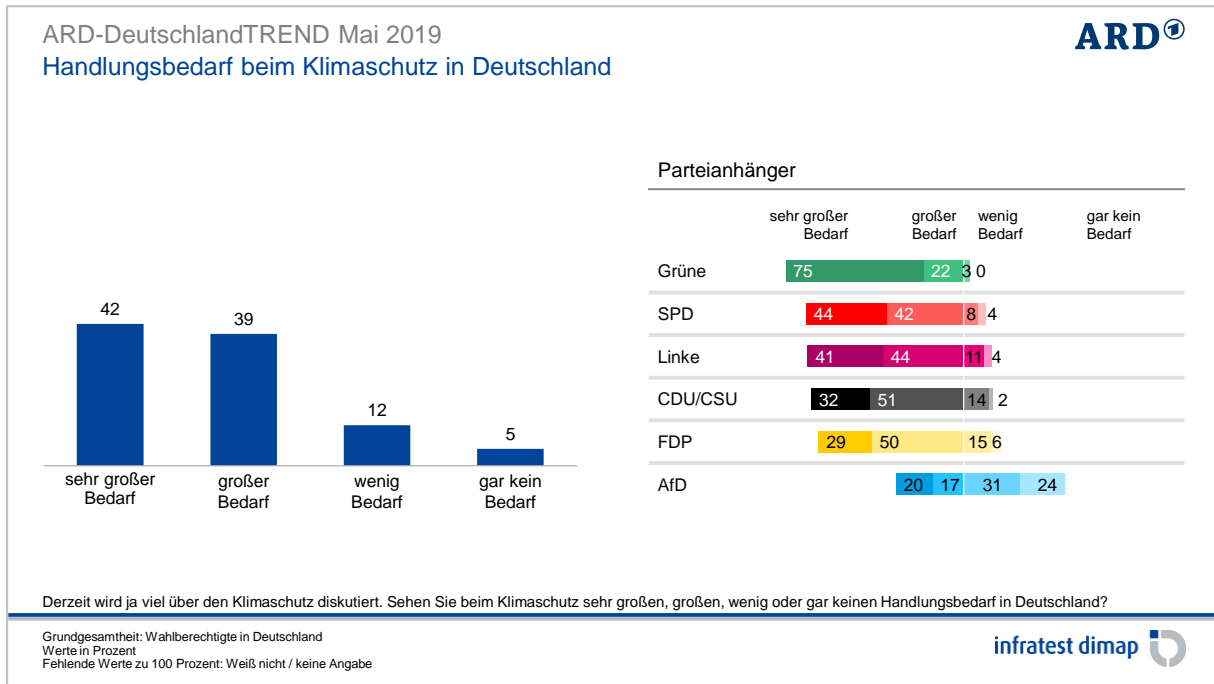


Mit den wirtschafts- und sicherheitspolitischen Vorteilen einher geht der Wunsch, dass die EU außenpolitisch stärker in Erscheinung treten (80 Prozent, +10 im Vergleich zu April 2014) und sich insgesamt eher darauf konzentrieren sollte, was die Gemeinschaft eint, als was sie trennt (87 Prozent). Diese Ansichten werden mehrheitlich in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften vertreten, selbst die Anhänger der AfD stimmen – wenn auch etwas verhaltener als der Durchschnitt – einer stärkeren außenpolitischen Präsenz der EU und einer Betonung der Gemeinsamkeiten zu.

Trotz des EU-freundlichen Klimas in Deutschland ist eine gewisse Distanz spürbar: die Hälfte der Bundesbürger (49 Prozent) gibt an, die Funktionsweise der Europäischen Union in Brüssel nicht zu durchschauen – im Vergleich zu vor fünf Jahren nahezu unverändert. Damals wie heute betrifft dies insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit formal niedrigem Bildungsgrad und auch die Anhänger der AfD sind nach eigener Auskunft weniger vertraut mit dem politischen Prozess auf EU-Ebene.

Klimaschutz: Mehrheit sieht großen Handlungsbedarf in Deutschland

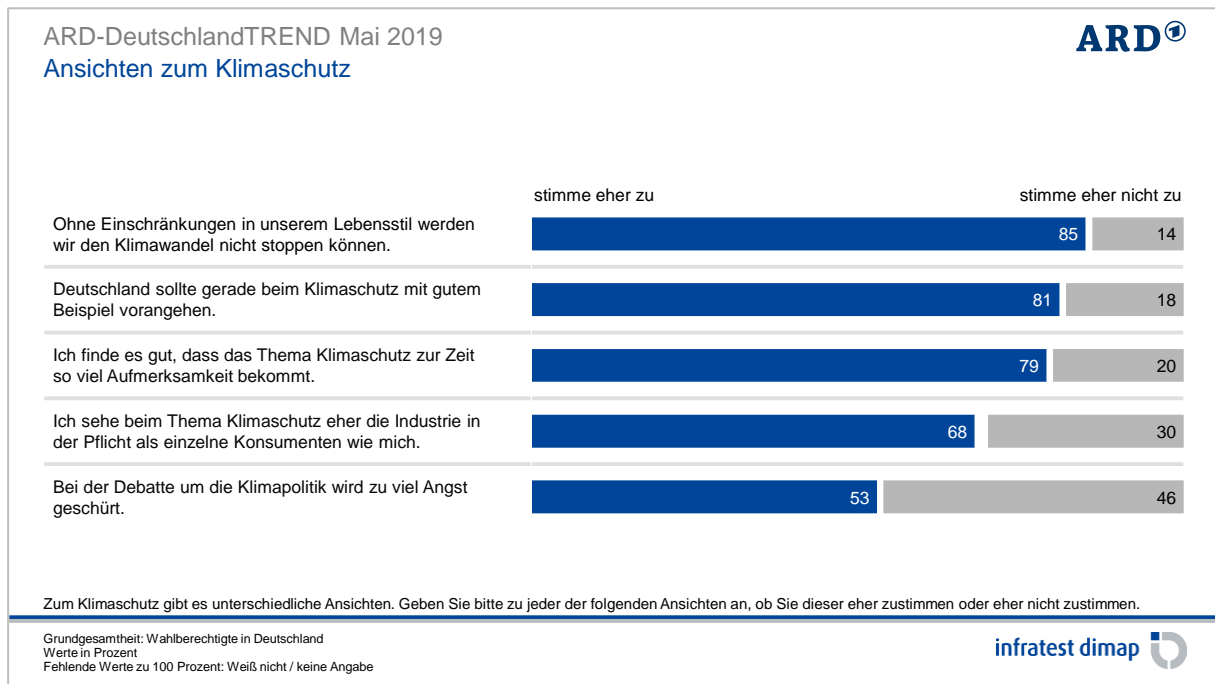
Im Zuge des Europawahlkampfes und sicherlich nicht zuletzt auch aufgrund der „Fridays for Future“-Demonstrationen wird derzeit viel über den Klimaschutz diskutiert. In Deutschland sieht eine breite Mehrheit (81 Prozent) sehr großen oder großen Handlungsbedarf beim Klimaschutz. Knapp ein Fünftel (17 Prozent) sieht hier hingegen weniger oder gar keine Notwendigkeit, zu handeln.



Den mit Abstand größten Handlungsbedarf sehen die Anhänger der Grünen. Aber auch jüngere Personen im Alter bis 34 Jahren und mit hoher formeller Bildung sprechen sich vergleichsweise häufig für ein größeres Engagement in Sachen Klimaschutz aus. Einzig die Anhänger der AfD, in deren Parteiprogrammatik ein menschengemachter Klimawandel bezweifelt wird, sehen mehrheitlich nur wenig oder keinen Handlungsbedarf.

Klimawandel: Bürger halten Einschränkungen des Lebensstils für notwendig

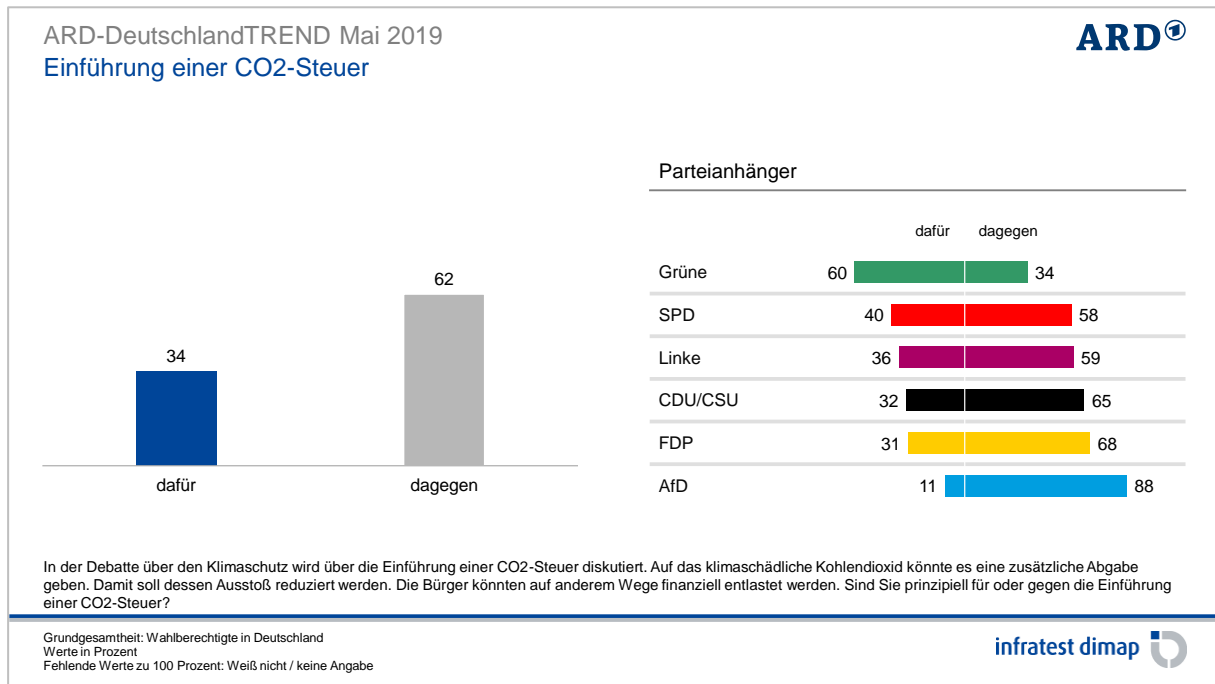
Dass das Thema Klimaschutz zur Zeit so viel Aufmerksamkeit bekommt, findet eine große Mehrheit der Deutschen (79 Prozent) gut. Auch äußert das Gros der Bürgerinnen und Bürger (85 Prozent) die Ansicht, dass der Klimawandel ohne Einschränkungen in unserem Lebensstil nicht gestoppt werden kann. Viele Bundesbürger (81 Prozent) sind daher auch der Auffassung, dass Deutschland gerade beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Allerdings sehen zwei Drittel (68 Prozent) hier eher die Industrie als den einzelnen Konsumenten in der Pflicht.



Uneinigkeit besteht darüber, ob in der Debatte um die Klimapolitik zu viel Angst geschürt wird. Diese Auffassung vertritt rund die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) – darunter überdurchschnittlich häufig Bürger in den östlichen Bundesländern, über 65jährige und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss. Auch die Anhänger der AfD sind mit großer Mehrheit der Ansicht, in der Klimapolitik werde zu viel Angst geschürt.

Einführung einer CO₂-Steuer: Ablehnung überwiegt

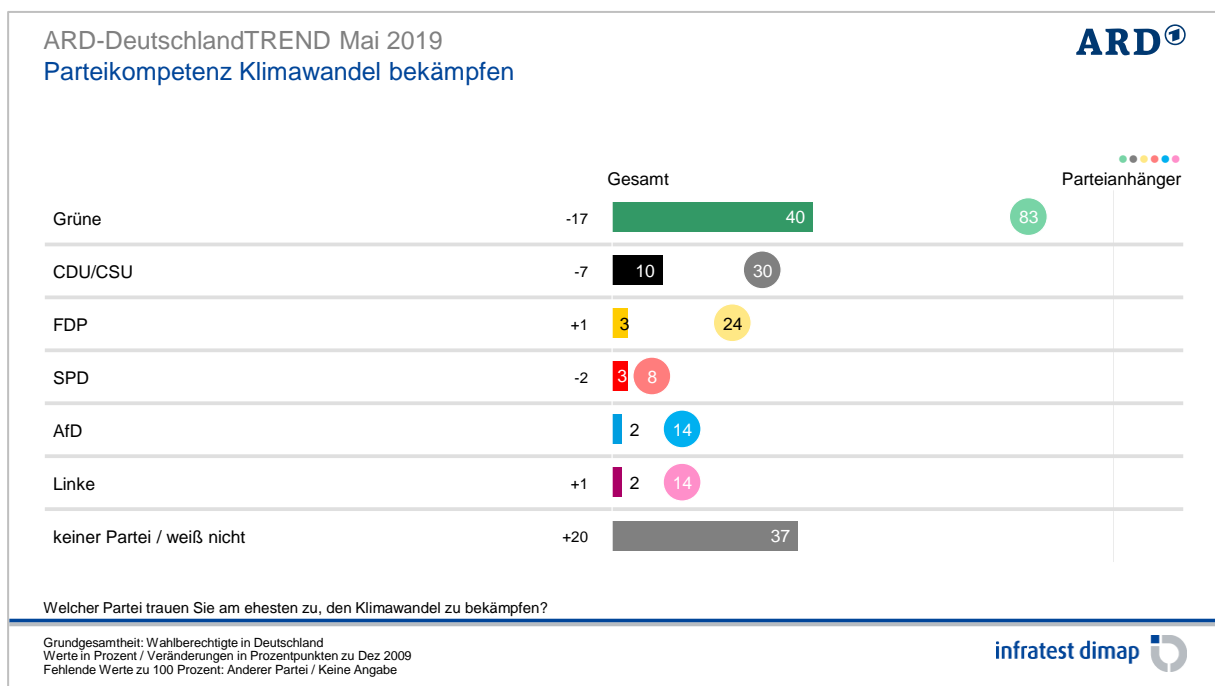
Obwohl der Klimaschutz eine hohe Aufmerksamkeit genießen sollte, sehen die Deutschen eine CO₂-Steuer kritisch: Die Einführung einer solchen Abgabe, die den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids verringern und klimafreundliche Technologien befördern soll, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hierzulande (62 Prozent) ab. Lediglich ein Drittel (34 Prozent) spricht sich für dieses Steuerungsinstrument aus.



Überwiegend befürwortet wird mit 60 Prozent eine CO₂-Steuer nur in der Wählerschaft der Grünen. Besonders vehement abgelehnt wird sie mit 88 Prozent im Lager der AfD. Jüngere Befragte bis 49 Jahre sind offener für die Einführung dieser Steuer, aber auch bei ihnen überwiegt die Ablehnung.

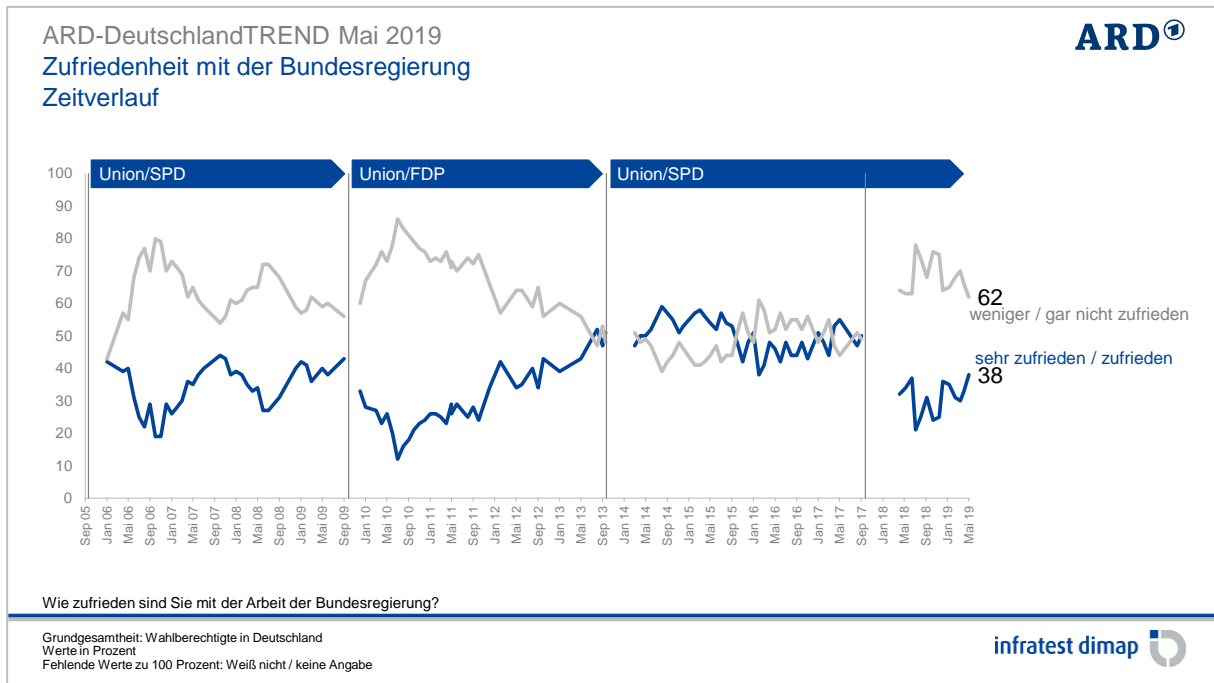
Bekämpfung des Klimawandels am besten bei den Grünen aufgehoben

Obwohl in den vergangenen zehn Jahren verschiedene internationale Abkommen zur Bekämpfung des Klimawandels geschlossen wurden und sich auch Deutschland verpflichtet hat, den Treibhausgasausstoß deutlich zu senken, sind die Bundesbürger durchaus skeptisch, ob dies gelingen kann. Im Vergleich zu 2009 hat sich der Anteil derer, die bezweifeln, dass überhaupt eine politische Kraft in der Lage ist, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, mehr als verdoppelt (37 Prozent, +20). Diejenigen, die einer Partei zutrauen, den Klimawandel zu stoppen, setzen in aller Regel auf die Grünen (40 Prozent, -17). Alle anderen Parteien genießen – selbst in der eigenen Parteianhängerschaft – deutlich weniger Vertrauen in Sachen Klimaschutz.



Zufriedenheit mit Bundesregierung gestiegen

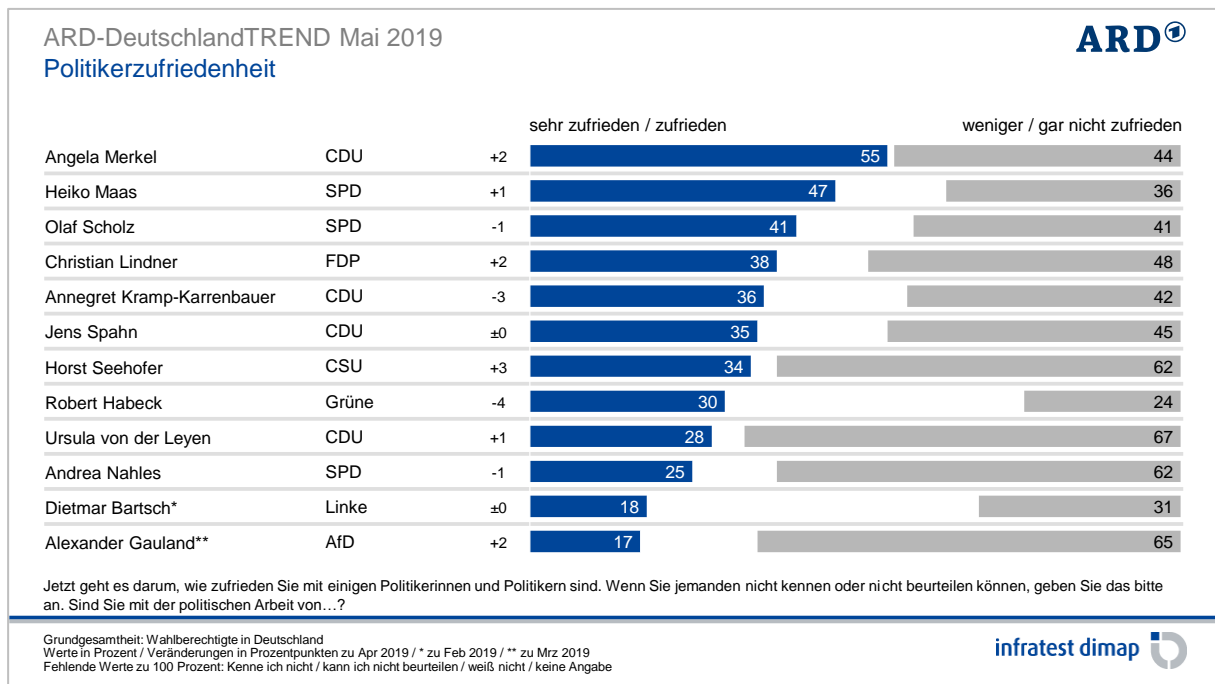
Auch wenn die Bundesregierung ihren besten Ansehenswert in der laufenden Legislaturperiode erreicht, überwiegt nach wie vor die Kritik: Aktuell sind 38 Prozent mit der Leistung von Schwarz-Rot zufrieden (+5 Prozentpunkte im Vergleich zum April), 62 Prozent hingegen weniger oder gar nicht zufrieden mit dem Kurs des Berliner Kabinetts.



Mehrheitlich hinter der Arbeit der Bundesregierung stehen einzig die Anhänger der Union. Von den Anhängern der SPD beurteilen vier von zehn die Arbeit der Regierung wohlwollend, 57 Prozent stehen ihr kritisch gegenüber.

Politikerbewertung: Merkel auf Platz 1, Kramp-Karrenbauer verliert

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Bewertungen der Spitzenpolitiker nur geringfügig verändert. Den Spitzenplatz nimmt weiterhin Bundeskanzlerin Angela **Merkel** ein, die für ihre Arbeit von 55 Prozent der Bürger gelobt wird – ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Auf sie folgt der sozialdemokratische Außenminister Heiko **Maas** mit 47 Prozent (+1) vor SPD-Finanzminister Olaf **Scholz** (41 Prozent, -1).



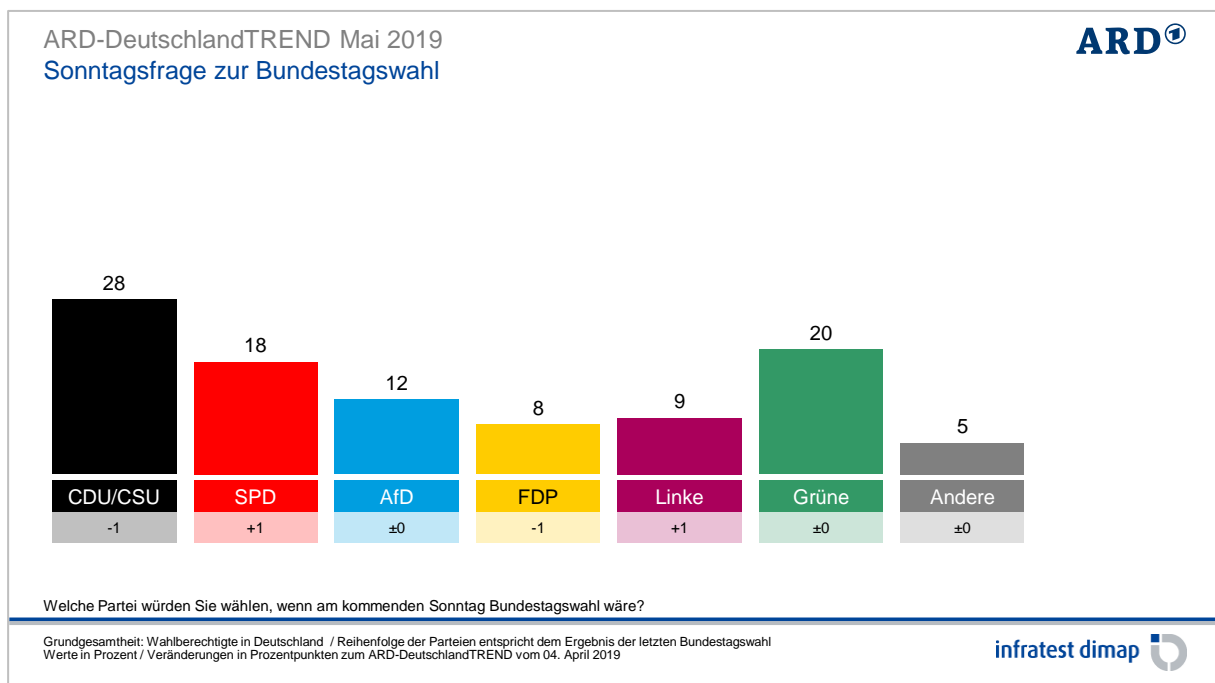
Ein Minus von 3 Punkten muss die CDU-Vorsitzende Annegret **Kramp-Karrenbauer** hinnehmen, die derzeit auf 36 Prozent kommt – der niedrigste Wert seit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden. Bei unverändert 35 Prozent Zustimmung liegt Gesundheitsminister Jens **Spahn** (CDU). Innenminister Horst **Seehofer** (CSU) kommt mit einem Plus von 3 Punkten auf nun 34 Prozent. Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen** erreicht 28 Prozent Zustimmung (+1). Der Anteil der Unzufriedenen ist bei ihr mit 67 Prozent nach wie vor besonders hoch. Im unteren Bereich findet sich die SPD-Vorsitzende Andrea **Nahles** mit 25 Prozent (-1).

Die Arbeit des FDP-Vorsitzenden Christian **Lindner** wird von 38 Prozent der Bürger (+2) positiv bewertet. Dies ist sein höchster Wert seit Aufkündigung der Jamaika-Gespräche im November 2017. Der Vorsitzende der Grünen Robert **Habeck** verliert 4 Punkte und landet nun bei 30 Prozent. Dietmar **Bartsch**, Fraktionschef der Linken, erfährt von 18 Prozent der Bürger Zustimmung und ist damit weit entfernt von den Werten seiner Kollegin Sahra Wagenknecht, die im April 38 Prozent Zustimmung bekam. Auf dem letzten Platz liegt der Partei- und Fraktionsvorsitzende der AfD Alexander **Gauland** mit 17 Prozent.

Sonntagsfrage Bundestagswahl: Bundesregierung weiter ohne Mehrheit

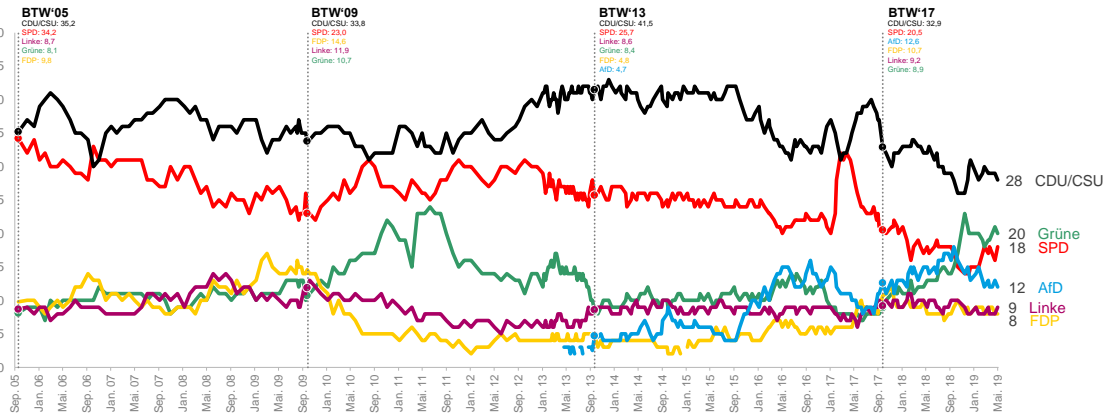
In der aktuellen bundespolitischen Stimmung sind nur leichte Veränderungen zu verzeichnen. Die Union käme aktuell auf einen Stimmenanteil von 28 Prozent – ein leichtes Minus von 1 Punkt im Vergleich zum April. Die SPD verbessert sich etwas und würde derzeit 18 Prozent (+1) erreichen. Wären diese Werte Ergebnis eines Urnengangs, hätte die aktuelle Regierung keine Mehrheit im Bundestag.

Für die Grünen würden sich wie im April 20 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden – sie wären damit weiterhin zweitstärkste Kraft. Auch die AfD bleibt konstant und könnte wie im Vormonat 12 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Während die Linke ihren Stimmenanteil leicht ausbauen kann (9 Prozent, +1), verliert FDP etwas an Zustimmung (8 Prozent, -1). Alle anderen Parteien erreichen zusammen 5 Prozent der Stimmen.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Mai 2019
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



--
Michael Kunert / Reinhard Schlinkert